

Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Orsrates Merzig
vom 09.03.2026

Top 3 Antrag: Aufstellung von zwei Infotafeln für die Nachbarschaftsinitiative Gipsberg-Community

Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag vorbehaltlich einer intensiven Überprüfung durch die Verwaltung zu. Stellungnahme der CDU-Fraktion gemäß Anlage 2.

Der FDP-Vertreter schließt sich der Stellungnahme der CDU-Fraktion an, äußert jedoch rechtliche Bedenken, aufgrund derer er einer Zustimmung derzeit ausschließt.

Beschluss:

Aufstellung von 2 Infotafeln für die Nachbarschaftsinitiative Gipsberg Community.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	1	0



Adrien Guinemer
SPD-Ortsratsfraktion Merzig

Merzig, den 25.02.2026

An den Ortsvorsteher des Stadtteiles Merzig

Herrn
Timo Heß
Claus-von-Stauffenberg-Straße
66663 Merzig
Per E-Mail

Sehr geehrter Ortsvorsteher,
Lieber Timo,

Es wird darum gebeten nachfolgenden Punkt in der nächsten Ortsratssitzung mit aufzunehmen:

- **Aufstellung von 2 Infotafeln für die Nachbarschaftsinitiative Gipsberg-Community**

Antrag

Aufstellung von 2 Infotafeln für die Nachbarschaftsinitiative Gipsberg-Community

Begründung:

Die Nachbarschaftsinitiative Gipsberg leistet seit dem Gründungsjahr 2025 einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung des nachbarschaftlichen Engagements im Wohngebiet. Um insbesondere auch ältere Menschen, die digitale Informationsangebote nur eingeschränkt nutzen, besser zu erreichen, sollen an zentralen und gut frequentierten Standorten analoge Infotafeln eingerichtet werden.

Die Infotafeln sollen der Nachbarschaftsinitiative die Möglichkeit geben, über Veranstaltungen, Treffen, Hilfsangebote und weitere Aktivitäten niedrigschwellig zu informieren. Sie tragen

damit zur besseren Vernetzung innerhalb des Quartiers sowie zur Teilhabe aller Generationen bei.

Als mögliche Standorte kommen beispielsweise in Betracht:

- der Bereich am Bolzplatz Borromäusstraße
- der Kreuzungsbereich der Straßen „Zum Gipsberg“, Kettelerstraße und Ostring (unterer Bereich)

Die konkreten Standorte sind in Abstimmung mit der Nachbarschaftsinitiative Gipsberg sowie des Orsrates festzulegen. Die beantragten Infotafeln stärken das ehrenamtliche Engagement, fördern die Nachbarschaftskommunikation und tragen zur weiteren positiven Entwicklung des Wohngebietes Gipsberg bei.

Ein Beispiel für die Infotafeln ist als Link in der Email beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsrat beschließt, im Wohngebiet Gipsberg zwei geeignete Standorte für Infotafeln / Schaukasten z.B. in der Größe DIN A3 bereitzustellen und die Verwaltung mit der Prüfung, Umsetzung und Kostenkalkulation zu beauftragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung der Maßnahmen soll über Mittel aus dem dem **Stadtteilbudget** erfolgen. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die entsprechenden Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen,

Adrien Guinemer.

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping loops and lines, positioned to the right of the name 'Adrien Guinemer'.

Erklärung der CDU-Fraktion zum Antrag „Infotafeln Gipsberg“

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher,

meine Damen und Herren,

zunächst möchten wir als CDU-Fraktion ausdrücklich betonen: Wir begrüßen das Engagement der Nachbarschaftsinitiative Gipsberg. Ehrenamtliche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag für unseren Stadtteil und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, den Ablauf im Vorfeld transparent darzustellen.

Im Vorfeld des Antrages gab es eine E-Mail-Korrespondenz zwischen dem Ortsvorsteher und dem Einreicher des Antrages. Ziel dieser Kommunikation war es, eine pragmatische und möglichst unkomplizierte Lösung zu finden, die das Anliegen der Initiative unterstützt, ohne eine ausgedehnte öffentliche Debatte im Ortsrat anzustoßen.

In dieser Korrespondenz wurde auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine öffentliche Behandlung im Ortsrat zwangsläufig weitere grundsätzliche Fragen und mögliche Folgewirkungen nach sich ziehen kann. Dieser Hinweis war keineswegs als Ablehnung der Idee zu verstehen, sondern als verantwortungsvoller Versuch, eine unkomplizierte und einvernehmliche Lösung zu ermöglichen.

Trotz dieser Hinweise wurde darauf bestanden, den Antrag einzureichen.

Damit befinden wir uns heute genau an dem Punkt, der bereits im Vorfeld angesprochen wurde. Eine öffentliche Behandlung zwingt uns als Ortsrat dazu, auch grundsätzliche Fragen zu berücksichtigen:

- Wie stellen wir künftig die Gleichbehandlung sicher, wenn andere Initiativen, Vereine oder Veranstalter vergleichbare Einrichtungen beantragen?
- Welche finanziellen Folgekosten entstehen für Wartung, Instandhaltung oder Ersatzbeschaffung?
- Wer trägt dauerhaft Verantwortung für Pflege und Unterhaltung?
- Wie wird sichergestellt, dass Inhalte rechtssicher gestaltet sind und insbesondere keine parteipolitische Nutzung erfolgt?
- Wie ist die Eigentumsfrage zu bewerten, wenn Einrichtungen auf privaten Grundstücken errichtet werden?
- Und wer trägt letztlich die Kosten für Errichtung, Unterhaltung oder einen etwaigen Rückbau?

Diese Fragen richten sich ausdrücklich nicht gegen die Initiative am Gipsberg. Sie ergeben sich aus unserer Verantwortung als Ortsrat im Umgang mit öffentlichen Flächen, öffentlichen Einrichtungen und öffentlichen Mitteln.

Vor diesem Hintergrund wird die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen – allerdings unter dem Vorbehalt einer umfassenden Prüfung durch die Verwaltung in rechtlicher, finanzieller und organisatorischer Hinsicht.

Unser Ziel ist eine Lösung, die das Engagement der Initiative unterstützt und gleichzeitig für alle Stadtteile nachvollziehbar, fair und rechtssicher ist.